

Protokoll über die Sitzung der interkommunalen Arbeitsgruppe „AG Betuwe“ am 13.11.2017, 12:00 Uhr im Ratssaal der Stadt Dinslaken

Teilnehmende

Lars Rentmeister	Kreis Wesel
Udo Zurmühlen	Kreis Wesel
Dr. Michael Heidinger	Stadt Dinslaken
Roland Welger	Stadt Dinslaken
Stephan Dinn	Stadt Dinslaken
Peter Hinze	Stadt Emmerich
Franz-Thomas Fidler	Stadt Emmerich
Bernd Romanski	Stadt Hamminkeln
Manfred Boshuven	Stadt Hamminkeln
Robert Graaf	Stadt Hamminkeln
Sabine Janclas	Stadt Oberhausen
Christoph Gerwers	Stadt Rees
Uwe Rosner	Stadt Wesel
Dirk Haarmann	Stadt Voerde
Wilfried Limke	Stadt Voerde
Alexander Behringer	Stadt Voerde
Gert Bork	BI „Betuwe so nicht! Sondern besser!“
Heribert Verhey	IG BISS
Johannes ten Brink	IG BISS

Begrüßung

Bürgermeister Dr. Michael Heidinger begrüßt die Anwesenden.

1. Sachstand der Planfeststellungsverfahren (Berichte der einzelnen Kommunen)

Stadt Emmerich

Herr Hinze stellt dar, dass es keinen neuen Sachstand gibt. Es hat ein Gespräch mit der Bahn bzgl. der Löschwasserversorgung stattgefunden, hier ist man im Einvernehmen mit der Bahn. Ein kürzlich erfolgter Beschluss des Rates stellt den jahrelang aufrecht gehaltenen Kompromiss bzgl. der Trassenführung im PFA 3.5 in Frage.

Stadt Rees

Bürgermeister Gerwers berichtet, dass in Rees auf den Planfeststellungsbeschluss für den PFA 1.3 gewartet wird (evtl. im 1. Halbjahr 2018). In den Bereichen Sicherheit und Bahnübergangsbehebung geht man mit der Bahn konform, ein Konzept für die Gestaltung und Beleuchtung einer Personenunterführung wird derzeit erarbeitet. Das Thema Lärmschutz ist weiter in der Diskussion.

Kreis Wesel

Herr Rentmeister berichtet von einem Gespräch zwischen dem Kreis Wesel, der DB Netz AG, der Bezirksregierung Düsseldorf und dem LANUV bzgl. der Thematik der Biotopvernetzung. Für Voerde wurde hier eine Wildbrücke diskutiert, für Wesel die Aufweitung der Lippebrücke.

Stadt Oberhausen

Frau Janclas erläutert, dass die bestehende Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss im PFA 1.1 weiterhin aufrecht gehalten wird, auf den Planfeststellungsbeschluss zum PFA 1.2 wird weiter

gewartet. Aktuell wird die bestehende Personenunterführung in OB-Sterkrade überplant. Die Kosten hierfür werden zum großen Teil von der Stadt Oberhausen getragen werden müssen.

Stadt Wesel

Herr Rosner berichtet, dass man aktuell auf ein angekündigtes Deckblattverfahren wartet.

Stadt Hamminkeln

Herr Romanski stellt dar, dass es von Seiten der Bahn immer noch keine Rückmeldung bezüglich der Hamminkeler Anregungen zur Löschwasserversorgung gibt. Aktuell passt die Bahn einige Animationen zum Bahnhof Meerhoog an, die dann im Rat der Stadt vorgestellt werden sollen. Herr Romanski formuliert die Idee, den Ausbau der Betuwe-Linie mit einem gleisparallelen Bau eines Radschnellweges zu verbinden.

Stadt Voerde

Herr Limke erläutert, dass das Gutachten zur Löschwasserversorgung fertig ist, der Termin zu dessen Vorstellung jedoch kurzfristig verschoben wurde, so dass der entsprechende Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung entfallen kann. Er sagt zu, die Unterlagen im Nachgang an die AG zu schicken. Herr Limke begrüßt die Idee von Herrn Romanski bzgl. der Anlage eines schienenparallelen Radschnellwegs.

Stadt Dinslaken

Herr Welger stellt dar, dass auch in Dinslaken auf den Planfeststellungsbeschluss gewartet wird und dass auch hier ein Termin zum Thema Löschwasserversorgung stattfinden wird (23.11.2017). Zudem spricht er Differenzen zwischen Stadt und Bahn bzgl. einer Kreuzungsvereinbarung betreffend die Eisenbahnunterführung Landwehrstr./Küpperstr. an. Hierzu gibt es demnächst ein Gespräch mit der Bahn. Auch die Stadt Dinslaken begrüßt die Prüfung der Anlage eines schienenparallelen Radschnellwegs. Im Rahmen der Erstellung des regionalen Radwegenetzes (Projekt des RVR) wurde diese Möglichkeit hinsichtlich der Anbindung Dinslaken-Oberhausen eingebracht.

2. Bericht bzgl. des Gespräches zwischen den BIs und Vertreter/innen der Landesregierung

Ausgehend von den Ergebnissen eines Gespräches zwischen den Bürgerinitiativen und Vertretern der Landesregierung NRW regt Herr Bork an, die Inhalte des Niederrheinischen Appells bzw. die daraus resultierenden Forderungen der jeweiligen Kommunen zu präzisieren. Diese Zusammenstellung soll an die Landesregierung übergeben werden.

Nach einer intensiven Diskussion kam man dahingehend überein, dass die Kommunen diejenigen Maßnahmen auflisten, welche in den jeweiligen Verfahren bereits eingebracht wurden, jedoch bisher in den Planungen der Bahn keine Berücksichtigung gefunden haben. Die Bahn soll dann darauf aufbauend aufgefordert werden, die hieraus resultierenden, zusätzlichen Kosten zu berechnen (nur bei der Bahn wird hier die fachliche Kompetenz dafür gesehen). Dieses Thema soll sowohl in einem Gespräch zwischen Bahn und BI als auch in einem Termin zwischen Herrn Ventzke und Bürgermeistern der Kommunen der AG (zugesagt haben Dinslaken, Hamminkeln, Voerde) angesprochen werden. Diese Aufstellung der Kosten soll als Grundlage für eine entsprechende Kostenübernahme der Politik dienen.

3. Gutachten zur Löschwasserversorgung in Voerde

Tagesordnungspunkt wird verschoben, siehe TOP 2.

4. Vereinbarungen mit der DB

Tagesordnungspunkt wurde bereits in TOP 3 mitbesprochen.

5. Abstimmung bzgl. möglicher Klagen hinsichtlich der anstehenden Planfeststellungsbeschlüsse
Dieser Punkt wird erst wieder aus dann aktuellem Anlass diskutiert, die Kommunen bleiben diesbezüglich in Kontakt.

6. Planung bzgl. eines Gespräches beim Land NRW hinsichtlich einer nachhaltigen Kostenübernahme zu den Bestandteilen des Sicherheitskonzeptes

Die Bahn vertritt hier den Standpunkt, dass alle Kommunen die Vereinbarung unterzeichnen sollen, sonst wäre diese hinfällig. Herr Romanski erläutert hierzu, dass es von Seiten der Stadt Hamminkeln bisher keine Zustimmung geben könne, weil hier die von der Bahn vorgeschlagenen Kompromisse schlicht falsch wären.

Den Unterhalt und die Neubeschaffung der HFS-Systeme sollen laut Bahn und Land NRW die Kommunen tragen. Der Kreis lehnt dies ab.

7. Vorabstimmung zur nächsten Sitzung des Projektbeirates

Am 25.01.18 findet der nächste Projektbeirat in Duisburg statt. Die Tagesordnung wird durch Herrn Gerwers an die AG weitergeleitet.

8. Verschiedenens

Die von der IG BISS dargestellte Problematik des Schallschutzes für Streusiedlungen wird von den anderen AG-Mitgliedern als grundsätzliche Fragestellung für die gesamte Strecke gesehen.

9. Nächstes Treffen

Das nächste Treffen der AG findet am **22.02.2018 um 14:00** Uhr statt. Die Stadt Oberhausen hat sich zur Übernahme der Gastgeberrolle bereit erklärt. Eine Einladung erfolgt von dort.

gez. Dr. Michael Heidinger